Brüssel, 17. Mai. Die belgischen Truppen in der Gegend Frankfurts haben Befehl erhalten, aus ihrer jetzigen Stellung abzuziehen.

•

Noch vor ein paar Tagen, nachdem bereits Frankreich die Räumung des Mainguas zugesichert hatte, verausgesetzt, daß die Zahl der deutschen Truppen im Ruhrgebiet in Wahrheit auf das durch das Augustverhältnis vorgeschriebene Maß zurückgeführt sei, noch da las man in Blättern der Rechten: an einen Rückzug der Franzosen sei nicht zu denken. Im Gegenteil gingen immer neue Besatzungstruppen nach Frankfurt, die mindestens bis zum Spätherbste dort zu bleiben gedächten. Der Wunsch war sicher der Vater dieses Gedankens; aber auch diesmal richtete sich die Geschichte nicht nach dem Wunsche der Deutschnationalen und ihrer Knappen. Nun müssen sie, so sauer es ihnen werden mag, eine Freude zur Schau tragen, die sie nicht empfinden. Bedeutet doch die Räumung von Frankfurt einen Erfolg ebenderselben Regierung, die die Schwarz-weiß-roten in Wahlreden, Flugblättern, Zeitungen und Säulenanschlägen der jämmerlichsten Unfähigkeit und bösen Willens ziehen.

Denn ein Erfolg ist die Befreiung des jüngst besetzten Gebietes, ein Erfolg gerade der von den reaktionären Heißspornen verfeckt und offen so heftig geschmähten Friedenspolitik unsrer Regierung. Diese Politik aber, die allein auch weitere Erfolge verbürgt, wird nur gewährleistet, wenn Männer unser Schicksal lenken, deren Friedenswillen auch jenseits der Grenzen über allen Zweifel erhaben ist. Das aber trifft zu bei den Sozialdemokraten. Hat doch das auch die Entente anerkannt, als sie jeder reaktionären oder ultraradikalen Regierung unweigerlich die Entziehung aller Kredite, aller Lebensmittel und Rohstoffe, von Repressalien andrer Art ganz zu schweigen, ankündigte. Daran mögen die deutschen Männer und Frauen denken, die am 6. Juni vor die Wahlurne treten. Sind aber erst unsre auswärtigen Verhältnisse gebessert, ist die Annäherung zwischen Siegern und Besiegten, zu der die Konferenz einen weiteren, wenn auch noch so kleinen Schritt bedeutet, erfolgt, so wird auch unsre innere Lage, die noch immer unter den Nachwehen des Krieges leidet, bald besser werden. Selbst Leopold von Ranke, der große bürgerliche Geschichtsschreiber, betone immer und immer wieder, daß die inneren Verhältnisse eines Landes durch nichts so beeinflußt werden wie durch seine außenpolitische Stellung.

Die Befreiung Frankfurts hat heute früh begonnen. Deutschland wird endlich sein Recht. In unsre Freude darüber mischt sich nur die eine Sorge: daß nationalistische Elemente den Rückzug der Besatzungstruppen zum Anlaß herausfordernder Demonstrationen benutzen und neue Verwicklungen herbeiführen können. Da tröstet uns nur die Hoffnung auf die Vernunft und den entschlossenen Friedenswillen unsrer Arbeiterschaft, der sich in den Kapp-Tagen so glänzend bewährte und das schwarz-weiß-rote Abenteuer in Kürze zum Scheitern brachte.

Kommunistischer Raubüberfall auf Sangerhausen

Sangerhausen, 15. Mai. In der vergangenen Nacht besetzten Vermummte, vorwiegend Ortsfremde, die hiesigen öffentlichen Gebäude und die Banken. Nach der telephonischen Verkehr wurde unterbunden, die Polizeibeamten wurden entlassen, die Behörde für abgesetzt erklärt. Aus den Banken wurde, soweit bisher bekannt, etwa eine halbe Million Mark bar genommen. Die Zeitungen mußten unter Vorzensur erscheinen. Ein Aufruf des „Zentralkomitees" an die Bewohner der Stadt, unterzeichnet M. Hölz (Der Name des Hölz, der bekanntlich in Böhmen in Haft sitzt, ist anscheinend fälschlich als Unterschrift benutzt worden. D. Schriftltg.), forderte zur Ruhe und Arbeit auf. Hiesige Kommunisten stellten sich den Aufrührern zum Teil zur Verfügung. So schnell wie der Spuk gekommen war, verschwand er auch wieder. Im Verlauf des Vormittags machten sich die Kommunisten mit einigen hiesigen Führern mitsamt dem Gelde im Auto daher. Zwei von den Aufrührern konnten auf dem Bahnhof festgenommen werden. Inzwischen sind weitere Verhaftungen vorgenommen worden.

•

Aus dem preußischen Staatskommissariat für Ueberwachung der öffentlichen Sicherheit erfahren die P. P. N.: Der angebliche kommunistische Putsch in Sangerhausen (Provinz Sachsen) ist eine vereinzelte verbrecherische Handlung, die mit der Bewegung der politischen Parteien nicht das geringste zu tun hat. Es handelt sich einfach um bewaffnete Verbrecher, die von außerhalb der in Automobilen kamen, offenbar nur unter der Maske des roten Terrors Geld zu erpressen. Zeitungsmeldungen, wonach die gesamte bewaffnete Arbeiterschaft die Stadt besetzt habe, sind unzutreffend.

Zu dem Streich in Sangerhausen wird noch gemeldet, daß er im Anschluß an eine kommunistische Versammlung, zu der eine Reihe Auswärtiger erschienen war, ausgeführt wurde. Es waren knapp 30 Personen, die, mit Handgranaten und Revolvern bewaffnet, von dieser Versammlung aus nach dem Rathaus, dem Landratsamt, dem Post- und Telegraphenamt und dem Bahnhof zogen. Unterwegs schloß sich ihnen arbeitsscheues Gesindel an, so daß allmählich die Bürgerschaft an ein Zuvorkommen nicht denken konnte. Nachdem man, wie gemeldet, aus der Reichsbankbestellung und aus einer Privatbank etwa eine halbe Million Mark geraubt hatte, zwangen die Verbrecher die dienstuenden Polizeibeamten, die Schlüssel zu den Räumen abzugeben, in denen die Waffen aufbewahrt waren. Die Polizeibeamten wurden gefesselt. Gegen Morgen wurden Plakate an allen Ecken und Enden der Stadt angeheftet und Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände beschlagnahmt. Doch am Vormittag verschwanden die fremden Elemente und nahmen die Gelder sowie die requirierten Waren in beschlagnahmten Autos mit. Die Sangerhauser, die sich den fremden Elementen angeschlossen hatten, zogen sich, sobald sie führerlos geworden waren, zurück, so daß in Kürze die Ordnung wieder hergestellt werden konnte. Die U. S. P. D. fordert ihre Mitglieder auf, energisch gegen die verbrecherische Tat Stellung zu nehmen. Sie selbst habe mit der Angelegenheit nichts zu tun.

Neue kommunistische Putschabsichten

Die P. P. N. melden:

Die preußische Regierung hat Kenntnis erhalten von einer geheimen kommunistischen Konferenz, die am 26. und 27. April in Berlin-Neukölln stattgefunden hat. Diese Konferenz soll sich einstimmig dafür entschieden haben, ohne Rücksicht auf die Wahlen den Versuch zur gewaltsamen Errichtung einer deutschen Räterepublik sobald wie möglich zu unternehmen, um der im Gang befindlichen Entwaffnungsaktion zuvorzukommen. Für die Gewinnung der Landbevölkerung und der Beamten sowie für die Durchführung der ganzen Bewegung wurden besondre Pläne ausgearbeitet. Die Leitung des großzügigen Putsches soll in den Händen eines Fünferrates liegen, in den Schneidbacher, Hanau, Hermann, Fröhlich, Dr. Ernst Meyer und Walcher, Stuttgart, gewählt wurden. In die neuen Räuberregierungen sollen S.-P.-D.-Leute unter keinen Umständen, U.-S.-P.-Leute möglichst wenig aufgenommen werden. Gegen die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie soll durch Verhaftungen und Verweigerung der Lebensmittel ein starker Terror ausgeübt werden. Der genaue Termin der Aktion soll erst nach weiteren Verhandlungen mit Moskau festgesetzt werden.

Die Regierung, die über die Pläne der Kommunisten genau unterrichtet ist, glaubt von einem Einschreiten vorläufig absehen zu können, wird aber die Bewegung auch weiterhin genau überwachen, und wenn die Putschpläne weiter verfolgt werden, rücksichtslos zugreifen.

Die preußische Regierung glaubt sich auf vollkommen zuverlässiges Material stützen zu können. Unter diesen Umständen hat sie wohl richtig gehandelt, wenn sie die ihr zugegangene Nachricht an die Oeffentlichkeit weitergab. Sie hofft, dadurch eine neue blutige Hauswurstiade verhindern zu können, die in der Arbeiterschaft sowieso die entschiedenste Ablehnung finden würde.

Die Reichszentrale für Heimatdienst

Berlin, 15. Mai. In den letzten Tagen ist eine Reihe von Veröffentlichungen über die Tätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst in der Presse erfolgt. Es ist dazu folgendes zu bemerken: Es ist klar, daß die amtliche Aufklärungsstelle in diesen Tagen, in denen anläßlich der Wahlen die von der Regierung befolgte Politik zur allgemeinen Diskussion steht, die Aufgabe hat, dem Volke die Gründe, die für diese Politik maßgebend gewesen sind, in weitestem Umfange vor Augen zu führen. Dies ist in der Weise geschehen, daß über die einzelnen, in der öffentlichen Debatte hervorgetretenen Gebiete, auf objektives Tatsachenmaterial gestützt, Broschüren herausgegeben werden, die den Standpunkt der Regierung abschließend behandeln. Ein polemisches Hervortreten der Reichszentrale für Heimatdienst oder die Unterstützung einzelner Parteien im Wahlkampfe ist dabei der Reichszentrale für Heimatdienst ausdrücklich untersagt. Insbesondere ist eine Stellung von Rednern für den Wahlkampf nie in Aussicht gewesen, im Gegenteil aber als vornehmstes Ziel der Reichszentrale für Heimatdienst eine Versachlichung des Wahlkampfes erstrebt, soweit dies im Rahmen der Möglichkeit liegt. Angestellte der Reichszentrale für Heimatdienst, die als Angehörige einzelner Parteien im Wahlkampfe zu wirken beabsichtigen, sind beurlaubt worden. Es bedarf keiner Erwähnung, daß eine finanzielle Unterstützung irgendwelcher parteimäßigen Bestrebungen, einerlei auf welchem Gebiete, ausgeschlossen ist. Das durch Indiskretionen in die Oeffentlichkeit gelangte Protokoll stellt lediglich eine erste Vorbesprechung über etwaige Aufklärungsmöglichkeiten dar, von denen ein wesentlicher Teil der Vorschläge, wie insbesondere die Wirkung durch Plakate, Filme, Inserate aller Art durch die Presse und durch Redner, von der Reichszentrale für Heimatdienst selbst abgelehnt worden ist. Eine Summe von 10 Millionen Mark, wie sie in dem Protokoll erwähnt ist, ist von der Reichszentrale für Heimatdienst nie angefordert und ihr nie zur Verfügung gestellt worden.

Verschärfung der Lage in Frankreich

Paris, 17. Mai. Verschiedne Streiks flauen ab; aber auf den Eisenbahnen hat sich die Streiklage verschärft und ist kritisch geworden. In Lyon haben die Streikenden die südlichen Ausgänge der Stadt besetzt, so daß die Arbeitswilligen nicht nach dem Bahnhof und den Eisenbahnwerkstätten kommen können. In der Stadt kam es zu Zusammenstößen, bei denen 15 Personen verletzt wurden.

Ueber den Stand der französischen Streikbewegung liegen außerdem noch folgende Havasmeldungen vor: Die Bergarbeiter im Norddepartement, die die Arbeit fortgesetzt hatten, haben sie ebenfalls niedergelegt. In Dünkirchen dauert der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute fort, doch nimmt der Streik im Baugewerbe und in der Metallindustrie ab. Der Bergarbeiterstreik im Pas de Calais ist allgemein. In Tourcoing haben die Eisenbahner sich für den Streik entschieden. Die Transportarbeiter haben dort die Arbeit wieder aufgenommen. In Valenciennes dehnt sich der Streik unter den Transport- und Bauarbeitern aus. In der Metallindustrie ist der Ausstand allgemein.

Die Schicksalsstunde der Frau

Die Geschichte der Frau ist von jeher ein Dornenweg von Entwürdigung und Entrechtung gewesen. Das Jahr 1848 brachte mit seiner revolutionären Welle auch für die Frau die Erkenntnis ihrer unwürdigen Stellung innerhalb der Gesellschaft. Doch ihr Verlangen nach Menschenrechten stieß auf beleidigende Geringschätzung und unverhüllte Gegnerschaft bei sämtlichen bürgerlichen Parteien.

Nur die Sozialdemokratie trat von Anfang an warm für die Frauen ein. Sie hat auch an ihrer Befreiung den hauptsächlichsten tätigen Anteil, war sie es doch, die sofort nach der Revolution 1918 für die Frau das bis dahin vergeblich erstrebte Stimmrecht durchsetzte. Gemäß ihrem Programm, das rechtliche Gleichstellung verlangte und Abschaffung aller Gesetze, die die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligten.

Keine der bürgerlichen Parteien dagegen, die jetzt in den schönsten Flötentönen Stimmenfang treiben im Vertrauen auf die politische Unkenntnis der Frau, hat bis heute ein solches Programm vertreten. Das mögen sich alle Wählerinnen recht eindringlich vor Augen führen, ehe sie am Wahltag ihre Entscheidung treffen. Noch kurz vor der Revolution erklärten sich liberale Männer einstimmig gegen das Stimmrecht der Frau; zu einer Zeit also, in der die Frau in harter Kriegsnot dem Vaterlande mit nationaler Hingabe diente und der Heimat die schmerzvollsten persönlichen Opfer brachte. Mit ihrer Ausschließung vom Stimmrecht rangierte die Frau seit Jahrzehnten im kaiserlichen Deutschland auf einer Stufe mit Entmündigten, wie Blöden, Irrsinnigen, Säufern, Verbrechern, allen zu entehrenden Strafen Verurteilten, Unmündigen und Almosenempfängern!

Heute freilich, da die Frau gegen den Willen der bürgerlichen Parteien das Stimmrecht erhielt und so zu einem bedeutsamen politischen Einfluß gelangte, haben die Bürgerlichen plötzlich ihr frauenfreundliches Herz entdeckt. Ueberzeugender als alle Worte aber ist das Gesetz, unter dem wir heute noch stehen. Steht auch die Entmündigung der Frau in den Ehegesetzen an! § 1354 legt fest, daß dem Manne die alleinige Entscheidung in allen das gemeinschaftliche Leben betreffenden Angelegenheiten zusteht; „der Mann hat das Recht, einen von seiner Frau abgeschlossenen Vertrag ohne Kündigung sofort aufzulösen," wenn er angibt, daß mit dieser Tätigkeit die „ehelichen Interessen" geschädigt seien, die Frau dagegen hat dieses Recht, Verträge des Mannes zu lösen, auch wenn damit die ehelichen Interessen noch so schwer geschädigt sind, nicht. Ja, selbst wenn die Geschäftsfähigkeit des Mannes beschränkt ist, kann er den Arbeitsvertrag seiner Frau ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Damit hat der Gesetzgeber also auch dem entmündigten Geistesschwachen, dem Verschwender oder Trunkenbold die Macht gegeben, sich erfolgreich in die persönlichen Angelegenheiten der Frau zu mischen. Diese wenigen Beispiele mögen der Frau das wahre Gesicht ihrer Einschätzung als „Seele der Familie" zeigen, die ganz besonders noch unterstrichen wird im Elternrecht des Bürgerl. Gesetzbuchs. § 1634 sagt: „Neben dem Vater hat auch die Mutter das Recht und die Pflicht, für die Person des Kindes zu sorgen. Zur Vertretung des Kindes ist die Mutter nicht berechtigt. Bei Meinungsverschiedenheiten geht die Meinung des Vaters vor." Bei Lebzeiten des Mannes hat die Frau also kein Bestimmungsrecht über ihre Kinder, mag sich's um Vorbildung, Berufswahl oder Einwilligung zur Eheschließung handeln. Der Gesetzgeber drückt mit der vollständigen Ausschaltung der Mutter ihren Kindern gegenüber eine rückhaltlose Geringschätzung der Frau aus, Stellen des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichnen. Daß die Vermögensverwaltung und Nutznießung des Kindesvermögens nur dem Vater zufällt, die Mutter davon ausgeschlossen ist, will ich nur nebenbei erwähnen. Ist die Mutter als unschuldige Teil geschieden, so daß ihr die Erziehung der Kinder zugesprochen ist, so erhält trotzdem die Mutter nicht das Recht der Vermögensverwaltung wie Nutznießung am Kindesvermögen, ebenfalls kein Recht zu Vertragsabschlüssen, Vertretung in Rechtssachen. Dieses Recht bleibt unter allen Umständen dem Vater bestehen, auch wenn er wegen schwerster sittlicher Verfehlungen geschieden ist. Bis zum 21. Jahre ihrer Kinder ist die unschuldige geschiedene Mutter gezwungen, ihrer Kinder wegen mit dem Zerrbilde ihrer Ehe in Verbindung zu bleiben, denn von der Entscheidung über ihre Kinder einlassen, an sich muß sie ja zur Entscheidung über das Geschick der vom Vater verlassenen Ehe Einwilligung haben. Das Gesetzbuch der Frau ein Schöpfe. Mit einem Wort: Die heutige Rechtslage der Frau als Mutter spricht jedem gesunden Rechtsempfinden Hohn, dank einem Gesetzbuch, das nicht umsonst „das Bürgerliche" heißt. Frauen, wenn ihr noch ein Gefühl für Recht, Ehre und Würde in euch trotzt, so wißt ihr auch, unser Feind steht rechts. Können wir unsre Stimme den bürgerlichen Parteien geben, die uns diese Entrechtung aufzwangen und uns unter Ausnahmegesetze stellten, uns das Stimmrecht weigerten, damit wir uns gegen solche Gesetze erfolgreich kämpfen könnten.

Die kommende Wahl ist der Frauen Schicksalsstunde. Sie muß zur Abrechnung führen mit unsern alten heute verkappten Feinden. Es geht um unsre Freiheit, um unsre Entfaltung zu vollwertigen Persönlichkeiten, die ihre besten Kräfte einsetzen müssen für ein glückliches Gedeihen der Volksgesamtheit, für das höchste Ziel des Sozialismus.

Olga Kopitsch.

Neues Attentat auf Erzberger

Eßlingen, 15. Mai. Gestern abend veranstaltete die hiesige Zentrumspartei eine Versammlung, in der Erzberger sprach. Gegen 9½ Uhr wurde von der Straße aus durch ein Fenster eine Handgranate geschleudert, die im Kleiderablegeraum platzte. Die Splitter drangen zum Teil bis auf das Podium hinauf, verletzten aber niemand. Der dicht gefüllte Saal war sofort in Rauch gehüllt, alles stob auseinander. Von dem Täter hat man keine Spur. Die Versammlung war schon vorher durch leidenschaftliche Oppositionen sehr gestört worden.

Wenn auch der Täter entkommen ist, so kann doch wohl kein Zweifel darüber bestehen, in welcher Parteirichtung man ihn zu suchen hat. Es ist dies der dritte oder vierte Angriff von rechts bolschewistischer Seite auf Erzbergers Person. Der erste erfolgte in Weimar durch den Ueberfall verhetzter Reichswehrsoldaten, der zweite war im November 1919 geplant anläßlich der Berliner Versammlung der Friedensgesellschaft, in der Erzberger reden sollte. Wenn damals zahlreich anwesenden schwerbewaffneten Offiziere und Baltikumer, die bekanntlich dann mit wüster Gewalt die Versammlung sprengten, nicht zum Schuß kamen, so lag das nur daran, daß Erzberger rechtzeitig gewarnt war und nicht zur Versammlung erschien. Nach der Versammlung unternahmen die Teilnehmer noch einen Versuch auf Erzbergers Ministerwohnung, der durch die Sicherheitspolizei verhindert wurde. Das dritte Attentat bildeten die bekannten Schüsse des Oltwig v. Hirschfeld.

Anständige Menschen werden immer klarer einsehen, welche die reaktionäre Hetzarbeit führt, und daß sich die Rechtsbolschewisten in Taktik und Methode — sei es Putsch oder Attentat — um kein Haar von den Linksbolschewisten unterscheiden. Am 6. Juni wird das Volk sein Urteil über diese Mördertaktik fällen.

Allgemeiner Deutscher Studententag

Der außerordentliche Studententag, zu dem sich die Vertreter der in der Deutschen Studentenschaft organisierten Studierenden aller deutschen Hochschulen gestern und heute in der Technischen Hochschule zu Dresden versammelt haben, um zur geplanten Hochschulreform Stellung zu nehmen, begann am Sonnabend mit einem Begrüßungsabend in großen Saale des Zoologischen Gartens, bei dem auch die hiesige Studentenschaft stark vertreten war.

Kultusminister Dr. Seyfert

überbrachte die Grüße der sächsischen Regierung. Unter großem Beifall versicherte er zunächst, daß die in Sachsen bestehenden Hochschulen keine Sorge zu haben brauchen um die akademische Freiheit. Die Verfassung für die Leipziger Hochschule sei im Einvernehmen mit Professoren und Studentenschaft bald fertiggestellt, die Entwürfe für die Dresdner Hochschulen würden zur Zeit geprüft. Man sei sich dabei bewußt, daß mit Gewalt und Druck nichts zu erreichen sei, was nicht auch freiwillig zu erreichen sei. Der Student von heute sei ein andrer als früher, stehe mitten im Leben und wolle Anteil haben an dem, was ihn angeht, insbesondre auch an dem Verwaltungsleben der Hochschule. Vielfach ergäben sich von selbst aus dem Verhältnis beim Lehrer zum Schüler. Wichtiger noch, so führte der Redner weiter etwa aus, erscheinen mir die von der Studentenschaft in Angriff genommenen sozialen Aufgaben. Die Not der Zeit macht nicht halt vor den Toren der Universität, vor der Dozentenschaft und der Studentenschaft. Das stellt auch den Staat vor die schwierigsten Probleme. Wenn nur noch der Wohlhabende die Hochschule besuchen könne, so ist das eine außerordentliche Gefahr. Zu geistige Arbeit wird heute so gering gewertet, daß es einem dabei bange werden könne. Die Zeit arbeitet unsern Idealen entgegen. Wir glaubten, daß es möglich wäre, nur dem Tüchtigen freie Bahn zu schaffen. Und trotz allem müssen wir es durchsetzen. Darum begrüße ich diese Ihre Tätigkeit mit großer Freude.

Unter Hinweis auf die Nähe der Wahlen erklärte der Redner weiter, es wären schlimme Aussichten, wenn unser Volk zerklüftet bleiben müsse in Parteiung und Parteihaß. Man müsse politische Meinungen ertragen können. Möge eine staatsbürgerliche Gesinnung in diesem Sinne unsre Studentenschaft durchdringen, eine Weltanschauung, die zugleich fest, aber auch bescheiden und duldsam sei.

Deutsches Reich

Kein Streik im Berliner Bankgewerbe

Nachdem die Verhandlung im Reichsarbeitsministerium an dem ablehnenden Verhalten der Bankleitungen gescheitert war und auch der Vertreter des Deutschen Bankbeamtenvereins für den Abbruch des Kampfes mit dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten sich solidarisch erklärt hatte, konnte man mit ziemlicher Sicherheit mit einem am Montag ausbrechenden Streik rechnen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Solidaritätserklärung des Deutschen Bankbeamtenvereins ein sehr zweifelhafter Durchstreichsel war, der für den gegenwärtigen Augenblick wertlos ist. Die Leitung des Deutschen Bankbeamtenvereins hat den Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten veranlaßt, von einem Streik Abstand zu nehmen.

In der von Tausenden besuchten Bankbeamtenversammlung am Sonnabend führte Marx, der Vorsitzende des Allgemeinen Verbandes, aus: Trotz allen Vorstellungen und Hinweisen auf die Streiks der Bankbeamten im Reiche sei die Leitung des Deutschen Bankbeamtenvereins bei ihrem bisherigen Standpunkte verblieben, daß der jetzige Moment aus finanziellen Gründen zu einem Streik ungeeignet sei. Die Angestellten möchten aber von jetzt an passive Resistenz üben und Überstundenarbeit ablehnen. Diese Stellungnahme habe den Vorstand sowie die Betriebsräte veranlaßt, der Versammlung zu empfehlen, jetzt von einer Arbeitseinstellung abzusehen. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der den streikenden Kollegen im Reiche volle Solidarität ausgesprochen wird, es sei lediglich die Schuld des Deutschen Bankbeamtenvereins, daß es in Berlin nicht zum Konflikte gekommen sei.

Nach Schluß der Versammlung veranstalteten die Teilnehmer einen Demonstrationszug nach dem Polizeipräsidiums, dem Hauptquartier und dem Geschäftslokal des Deutschen Bankbeamtenvereins.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200517/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG